



Wohnraum für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf schaffen

Selbstbestimmt Leben im Quartier

Auch wenn sie pflegebedürftig sind oder eine umfassende Unterstützung benötigen, sollten Menschen selbstbestimmt leben und wohnen können.

In den letzten Jahren haben wir in Münster mit dem „Masterplan altersgerechte Quartier inklusiv“ bereits eine wichtige Grundlage hierfür gelegt. Auch die Pflegebedarfsplanung stellt in Münster den Wunsch der Menschen, wo sie gepflegt und wohnen wollen, in den Mittelpunkt.

Neben der Stärkung der Wohnquartiere mit einem Ausbau der Infrastruktur sozialen und pflegerischen Dienstleistungen wie auch Einkaufsmöglichkeiten

für den täglichen Bedarf, brauchen wir auch ein entsprechendes Angebot an Wohn- und Pflegeformen, die eine Versorgungssicherheit im Quartier bieten. Umfassend betreute Wohn- und Hausgemeinschaften sind hier ein wichtiger Baustein.

Um dies auch für eine wachsende Bevölkerung verlässlich zu erreichen, haben wir GRÜNEN gemeinsam mit unserem CDU-Koalitionspartner einen Antrag in den Rat eingebracht, der vorsieht, dieses Angebot von 2018 bis 2022 verstärkt auszubauen.

„Wir GRÜNEN verfolgen mit Nachdruck das Ziel, in den kommenden Jahren das heutige Angebot an betreutem und ambulant unterstützten selbständigem Wohnen zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen“, so GAL-Ratsmitglied Harald Wölter.

TERMINE

14. März 2018 | 17:00 Uhr
Haupt- und Finanzausschuss
@ Hauptausschusszimmer, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

14. März 2018 | 17:30 Uhr
Rat
@ Festsaal, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Der Rat der Stadt Münster tagt öffentlich, die Tagesordnung kann fünf Tage vor der Ratssitzung von der städtischen Website heruntergeladen werden:

www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/si0040.php

KONTAKT

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster
Windthorststr.7 | 48143 Münster
Tel: 0251-8995810
ratsfraktion@gruene-muenster.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 10.00 - 17.00, Fr. 10.00 - 13.00

RAT KONKRET abonnieren

Sie können RAT KONKRET kostenlos als PDF-Datei abonnieren. E-Mail genügt:
rat.konkret@gruene-muenster.de.

Impressum

Herausgeberin: Grüne Ratsfraktion Münster
Druck: CCC, Endredaktion: Claudia Dana Csiszér
V.i.S.d.P.: Thomas Marcinkowski,
c/o Fraktionsgeschäftsstelle

Klimaneutral gedruckt auf Umweltschutzpapier

RAT KONKRET

Liebe Leser*innen!

Im Mittelpunkt der letzten Ratssitzung am 31. Januar 2018 stand eine Vorlage, mit der sich der Rat in einer „zweistündigen, sehr niveauvollen Debatte“ befassete, wie die *Westfälischen Nachrichten* tags darauf zu vermelden wussten.

Inhaltlich ging es in dieser Vorlage um drei Punkte:

- den Ankauf der York- und Oxford-Kaserne für den Wohnungsbau,
- die Einrichtung einer Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Münster und
- deren inhaltliche Verknüpfung.

Die grüne Fraktion hat sich schon im Vorfeld gegen eine Verschmelzung von Wohnungs- und Flüchtlingspolitik gewandt und eine Entkopplung gefordert. Wir halten es für falsch, zwei sachfremde Themen miteinander zu verknüpfen, wodurch der naheliegende Eindruck von Erpressung entsteht.

In der Debatte haben wir deutlich gemacht, dass wir endlich einen erfolgreichen Abschluss der seit Anfang 2012 begonnenen Bemühungen zum Erwerb beider Flächen erwarten. Es ist doch nicht nachvollziehbar, warum eine Einigung zwischen der bundeseigenen BlmA (öffentliche Hand) und der Stadt Münster (öffentliche Hand) so lange so erfolglos verläuft, selbst wenn das Land mit eigenen Interessen dazwischenfunk.

Hier kommt dann die ZAB ins Spiel. Wir haben im Rat deren Einrichtung abgelehnt, weil sie – zugespitzt formuliert – als Teil des sogenannten Integrierten Rückkehrmanagements die Abschie-

bung von Geflüchteten zu organisieren hat, was Münster als einer anerkannten Stadt der Zuflucht und der Vielfalt nicht zuträglich ist.



Für Ihre grüne Ratsfraktion
Otto Reiners, Fraktionssprecher



Wie verträgt sich grüne Flüchtlingspolitik mit der Einrichtung einer ZAB?

Für welche humanitären Werte stehen wir?

Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen – nicht Geflüchtete. Darum treten wir für geregelte Verfahren ein, die fair und rechtstaatlich einwandfrei vonstattengehen. Die Praxis belegt, dass dies nicht immer der Fall ist. Das zeigen z. B. BAMF-(Schnell)-Verfahren, die eine hohe Fehleranfälligkeit aufweisen; Verwaltungsgerichtsprozesse, von denen etwa die Hälfte für die Geflüchteten erfolgreich enden, belegen dies eindrücklich.

In Münster haben wir uns immer dafür eingesetzt, humanitäre Spielräume zugunsten der Betroffenen zu nutzen und wir haben uns für die

Einhaltung des Münster-Konsens stark gemacht. So haben wir uns für Resolutionen gegen Abschiebung nach Afghanistan ausgesprochen.

Kurz: Wir treten dafür ein, dass in Münster ein Klima des Verständnisses und des Miteinanders herrscht, dass Münster eine anerkannte Stadt der Zuflucht und der Vielfalt ist.

Warum lehnen wir eine ZAB ab?

Es geht hierbei nicht um die Frage, ob Abschiebungen legitim sind oder ob diese in Münster besser und humaner gestaltet werden können, sondern ob die Stadt durch die Ansiedlung der ZAB in Münster den Politikansatz mitträgt, dass Abschiebungen stärker zentralisiert und somit nicht mehr hauptsächlich in kommunaler Verantwortung umgesetzt werden.

Geflüchtete sollen immer länger in oft fernab gelegenen Landesunterkünften – neue Regelungen sehen bis zu 24 Monate vor – festgehalten werden können (Geflüchtete aus den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ sogar unbefristet). Die neu ausgerichteten ZABs sollen in ebendiesen Landesunterkünften Geflüchtete erst zur „freiwilligen“ Ausreise anhalten, andernfalls die Abschiebung organisieren und durchsetzen – auch nach Afghanistan oder in andere Herkunftsländer, wo die Bedrohungslage bekannt ist. Das alles soll fernab von Anwälten und Gerichten stattfinden.

Die neue Landesregierung will für abgelehnte Geflüchtete sogar reine „Ausreisezentren“ schaffen. Dies ist im Koalitionsvertrag so festgeschrieben und soll mittelfristig umgesetzt werden.

Die in vielen Kommunen in Ausländerbehörden neu entstehenden Stellen „Rückkehrmanagement“, die von den ZABs unterstützt werden sollen, lassen befürchten, dass zu Fragen des Zugangs zum Asyl- und Aufenthaltsrecht nicht ausreichend informiert und beraten werden wird. Dabei müsste bei jeder Ausreise die Gefährdungslage genau geprüft werden.



An der Besichtigungstour des Rates im März 2012 – hier an der York-Kaserne – nahmen auch wir GRÜNE teil.



Arbeitsplätze: ZAB und EAE

Mit dem Votum gegen die Einrichtung einer ZAB haben wir uns GRÜNE nicht gegen Arbeitsplätze ausgesprochen. Der Vorwurf, mit dem Votum gegen die ZAB neue Arbeitsplätze verhindert zu haben, trifft nicht zu, denn mit dem Votum haben wir uns gleichzeitig für den Erhalt der Erst-Aufnahme-Einrichtung (EAE), ebenfalls eine Landeseinrichtung mit einer ähnlich großen Anzahl von Arbeitsplätzen, ausgesprochen.

Wer spricht sich gegen die ZAB aus?

Neben Geflüchteteninitiativen und -unterstützer*innen, einzelnen Parteien und Gewerkschaften, dem Evangelischen Kirchenkreis Münster und dem Netzwerk Kirchenasyl haben sich u. a. auch folgende Personen mit einem Offenen Brief an die Ratsfraktionen gewandt und sich gegen eine Einrichtung einer ZAB ausgesprochen: Prof. Dr. Reinhard Feiter, Professor für Pastoraltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der WWU Münster, Pfarrerin Alexandra Hippchen, Münster, Prof. Dr. Clemens Leonhard, Professor für Liturgiewissenschaft an der Katholisch-Theologischen Fakultät der WWU Münster, Dr. Julia Lis, Institut für Theologie und Politik, Prof. em. Dr. Norbert Mette, Münster, Dr. Michael Ramminger, Institut für Theologie und Politik, Prof. em. Dr. Hermann Steinkamp, emeritierter Professor für Pastoraltheologie an

v. l. n. r.: Reiner Borchert, Otto Reiners, Christine Schulz, Gerhard Joksch, Carsten Peters, Helga Bennink, Dr. Petra Dieckmann, Hery Klas, Anne Marie Naegels

worden. Der Gebäudebestand im inneren Bereich des Kasernengeländes wird ebenfalls als denkmalwürdig eingestuft.

Der Verhandlungsprozess mit der BlmA ist ohnehin schon schwer genug; so sorgten die Verhandlungen zwischen Stadt und Land für zusätzliche Komplikationen, da sie doch

eine sachfremde Verknüpfung zwischen Grunderwerbsverhandlungen und der Einrichtung von Landeseinrichtungen vorsahen. Wir haben in der letzten Ratssitzung deutlich gemacht, dass wir den sofortigen Abschluss eines Kaufvertrags über beide Kasernenareale erwarten. Schon vor der Umsiedlung könnte das Planungsrecht bereits geschaffen werden. Die in den Startlöchern stehende Wohn+Stadtbau wie auch die KonvOY GmbH könnten mit dem Bau von Wohnungen beginnen bzw. mit dem Verkauf von Flächen an Investor*innen sowie Wohnungsbaugesellschaften starten, um den dringend notwendigen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Schließlich stehen sofort nach Kauf mindestens 43 ha der insgesamt 50 ha zur Verfügung.

Konversionsflächen endlich für den Wohnungsbau nutzen

Seit Anfang 2012 laufen die Verhandlungen zwischen der Stadt Münster und der bundeseigenen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) über den Ankauf der York- wie auch der Oxford-Kaserne. Beide Kasernenareale haben insgesamt eine Fläche von ca. 74 ha. Sollten sie endlich für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, würde das für eine deutliche Entspannung auf dem Münsteraner Wohnungsmarkt sorgen.

Bei den beiden Flächen handelt es sich zum einen um das ca. 50 ha große Gelände der York-Kaserne, das in Gremmendorf westlich des Albersloher Weges liegt. Die 1934 als Luftwaffen-nachrichtenkasernen errichtete Anlage weist im inneren Bereich denkmalwürdigen Gebäudebestand auf, der momentan noch als EAE-Standort als Geflüchteteinrichtung genutzt wird.

Bei der anderen Fläche handelt es sich um die ca. 26 ha große Oxford-Kaserne, die sich in Gievenbeck an der Roxeler Straße befindet. Die Kaserne ist als Flakkaserne um 1936 errichtet

Zahlen und Fakten am Rande

- Ende 2016 lag Münsters Einwohner*innenzahl bei 311.486.
- In Münster leben 33.640 Ausländer*innen (Stichtag 31.12.2017).
- Davon haben 2.245 keinen Aufenthaltstitel.
- Nur 1,57 Prozent der Münsteraner*innen sind Geflüchtete (also 4.702 Personen).
- Davon lebten vor 2015 bereits 1.542 Menschen hier, seitdem sind weitere 3.160 Geflüchtete nach Münster gekommen.